



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

Bund Deutscher Kriminalbeamter
Mecklenburg-Vorpommern
Ulmenstraße 54
18057 Rostock

Schwerin, den 11. August 2021

vorab per Email an: lv.mv@bdk.de

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 vom BDK M-V

Ihr Schreiben vom 07.06.2021

Sehr geehrter Herr Bone-Winkel,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 07. Juni 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitere Fragen haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

Themenkomplex 1: Innere Sicherheit

1. Welchen Stellenwert hat innere Sicherheit grundsätzlich für Sie?
2. Prävention, Opferschutz und Kriminalitätsbekämpfung erfordern neben umfangreichem Wissen eine sach- und personalgerechte Ausstattung. Wie wollen Sie diese erreichen, insbesondere im Hinblick auf die tatsächliche Sollstärke der Landespolizei, die seit Jahren stagniert und durch viele nicht besetzte Stellen weiter reduziert ist?
3. Wie steht Ihre Partei zum Thema Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten (sog. „Vorratsdatenspeicherung“)?
4. Das Thema Innere Sicherheit hat auch durch die sozialen Medien an Schnelligkeit und „Schnellschüssen“ gewonnen. Um zu einer sachlichen und faktenbasierten Debatte zurückzukehren, fordert der BDK die Einführung eines periodischen Sicherheitsberichtes und mehr Engagement in der Dunkelfeldforschung. Wie stehen Sie dazu?

Themenkomplex 1:

- 1) Innere Sicherheit hat für uns Freie Demokraten einen hohen Stellenwert. Ohne Sicherheit keine Freiheit. Bestrebungen hin zu mehr Sicherheit bedingen aber häufig eine Einschränkung der Freiheitsrechte. Dieses Spannungsfeld aufzulösen, sehen wir als eine Kernaufgabe der Politik an.
- 2) Bereits heute sind viele Stellen in der Landespolizei unbesetzt. Hinzu kommt, dass in den

nächsten Jahren eine sehr hohe Anzahl von Polizeibediensteten in den Ruhestand gehen wird. Die große Koalition hat trotz massiver Kritik der FDP ihren harten Sparkurs innerhalb der Polizei MV fortgeführt. Erst 2015, mit der eintretenden Flüchtlingskrise, wurden unsere Forderungen zum Teil umgesetzt und beispielsweise die Ausbildung von neuen Polizeischülerinnen und Polizeischülern verstärkt. Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass neben der Nachbesetzung der derzeit offenen Stellen deutlich über den Bedarf hinaus Personal eingestellt wird, um auch die durch die Pensionierungswelle freiwerdenden Stellen besetzen zu können. Um überhaupt eine ausreichende Anzahl qualifizierter Bewerberinnen und Bewerber zu erreichen, muss das Berufsbild deutlich gestärkt und besser beworben werden und Zugangshürden ggf. abgebaut werden. Da sind uns andere Bundesländer mit entsprechenden Kampagnen weit voraus.

- 3) Die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsdaten lehnen wir ab. Für anlassbezogen gespeicherte Daten sind entsprechend dem Tatvorwurf angemessene Höchstfristen für die Speicherung vorzusehen. Wir Freie Demokraten setzen auf das Prinzip der Datensparsamkeit und auf eine gute Qualifikation für den forensischen Umgang mit Massendaten. Hier kommt es auf bessere Ausstattung und Qualifikation an, nicht auf Datenquantität.
- 4) Wir halten die Einführung eines periodischen Sicherheitsberichts und mehr Engagement in der Dunkelfeldforschung für richtig. Die entsprechende Forderung des BDK unterstützen wir ausdrücklich.

Themenkomplex 2: ausgewählte Kriminalitätsphänomene

1. "Öffentlichkeitsarme" Delikte wie Wirtschaftskriminalität, Umweltkriminalität, Korruption und Steuerdelikte verursachen erhebliche Schäden. Die Strafverfolgung in diesen Bereichen ist jedoch seit Jahren nicht im Fokus der Politik, obwohl etwa die

bekannte Schadenssumme im Bereich der Wirtschaftskriminalität laut PKS 2020 knapp 3 Milliarden € betrug¹. Was gedenken Sie dagegen zu tun?

2. Hass und Hetze im Internet trifft vor allem Frauen und Minderheiten und verursacht bei den Opfern erhebliche (psychische) Schäden. Dabei reichen die Angriffe von verächtlich machenden Kommentaren zum Geschlecht, Beleidigungen, Fake-Fotos der Betroffenen bis zu Vergewaltigungs- und Morddrohungen. Das Ziel der vorrangig männlichen Täter scheint dabei immer gleich: Einschüchterung und Angst verbreiten. Um diesen Taten Einhalt zu gebieten, muss die Polizei stärker im digitalen Raum für alle wahrnehmbar präsent sein, um Betroffenen nicht das Gefühl zu geben, keinen Ansprechpartner zu haben und gegenüber den Tätern abschreckend zu wirken. Was wollen Sie gegen Hass und Hetz unternehmen, und wie denken Sie darüber, wie Polizei im Netz agieren sollte?
3. Der Rechtsextremismus kann derzeit mit Sicherheit als die größte Bedrohung für unsere demokratische Gesellschaft betrachtet werden. Dazu haben auch zahlreiche Ereignisse in den Sicherheitsbehörden beigetragen. Der BDK ist der Meinung, dass zum einen eine wissenschaftliche Studie zu den Einstellungsmustern notwendig ist, zum anderen der Bereich der politischen und interkulturellen Bildung einen viel stärkeren Stellenwert im Berufsleben erhalten sollte. Wie stehen Sie dazu?

Themenkomplex 2:

- 1) Wir Freie Demokraten fordern seit Jahren mehr Personal insbesondere für die Aufklärung von Wirtschaftskriminalität abzustellen und das Personal hierfür gezielt zu schulen. Wirtschaftsstraftaten sind häufig sehr komplex, grenzüberschreitend und richten einen immensen Schaden auch zu Lasten der ehrlichen Marktteilnehmer an. Bereits im Interesse der Aufrechterhaltung fairer Marktbedingungen muss der Staat hier verstärkt tätig sein. Hier muss auch die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden effizienter und effektiver gebündelt werden, die Verfahren beschleunigt und die Ausstattung auf die heutige Lebenswirklichkeit angepasst werden. Wirtschaftskriminalität findet nicht mehr auf dem Papier im Aktenordner statt, sondern auf modernster IT-Technik, Clouds und Servern. Dies erfordert völlig neue Ermittlungsansätze. Die Strafverfolgung darf hier nicht schlechter ausgestattet und organisiert sein als die Kriminalität.

- 2) Wir Freie Demokraten fordern eine konsequente und schnelle Verfolgung von Straftaten im Internet. Dazu wollen wir die Polizei mit den Mitteln und dem Material ausstatten, die notwendig sind, um die Straftäter im digitalen Raum zu verfolgen. Das Internet darf nicht zum rechtsfreien Raum verkommen. Neben Mitteln und Technik wollen wir uns auch für mehr Qualifikation, Fortbildungen und Schulungen einsetzen, wie auch für entsprechende Stellen für IT-Spezialisten. Nur mit dem Bewusstsein in der Bevölkerung, dass die Strafverfolgungsbehörden schnell und umfassend auf Verbrechen im Internet reagieren, werden die genannten Verstöße präventiv verhindert werden.

- 3) Für uns Freie Demokraten spielt es keine Rolle, ob es sich um politischen Links- oder Rechtsextremismus handelt, um religiösen Fanatismus oder andere verfassungsfeindliche Strukturen. Wir haben hierzu 2021 einen Grundsatzbeschluss unter dem Titel „Jeder Extremist ist Mist“ gefasst. Dass bereits bei der Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für den Polizeidienst eine genaue Überprüfung auf eventuelle extremistische, rechtsstaatsfeindliche Gesinnungen stattfindet, halten wir für richtig. Wir begrüßen die Forderung nach mehr politischer und interkultureller Bildung und wollen den kulturellen Austausch fördern, etwa indem wir mindestens 20% der Auszubildenden eine Auslandserfahrung, ähnlich den Auslandssemestern im Studium, ermöglichen wollen. Vorurteile bauen sich da am schnellsten ab, wo persönlicher Kontakt erfolgt.

Themenkomplex 3: Attraktivität des Polizeiberufes

1. Die Polizei sollte immer nach den besten Mitarbeiter:innen streben. Wie wollen Sie erreichen, dass die Landespolizei als Arbeitgeber wesentlich attraktiver wird, um dem bestehenden Personalmangel zu beheben?
2. Die im Dienst befindlichen Mitarbeiter:innen in der Kriminalpolizei stehen vorrangig durch digitale Delikte vor „neuen“ Herausforderungen. Diese Veränderungen hat die bisherige Politik kaum als Schwerpunkt betrachtet. In vielen Bereichen fehlt es an Personal und an einer sachgerechten Ausstattung. Die Belastung im Bereich der Kriminalpolizei ist durch immer neuere und schnellere Kriminalitätsphänomene sowie die Komplexität einzelner Ermittlungen stark angestiegen. Dies wurde aber kaum in den entsprechenden politischen Diskussionen berücksichtigt. Welche konkreten Veränderungen im Personal- und Ausstattungsbereich der Ermittlungsdienststellen der Landespolizei beabsichtigen Sie zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung in der nächsten Legislaturperiode?
3. Der ökologische Wandel beschäftigt auch den öffentlichen Dienst. Einige Bundesländer (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Berlin) bieten bereits ein Job-Ticket und/oder ein Job-Bike (z. B. Finanzierung E-Bike) an. Wie stehen Sie dazu?
4. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht erst seit der Corona-Pandemie in den Fokus geraten. Wir sehen gerade in der Kriminalpolizei noch verbesserungswürdiges Potential speziell in den Bereichen Home-Office, Teilzeit, Büroausstattung, wohnortnahe Verwendung, Job-Sharing, usw. Wie steht Ihre Partei hierzu?
5. Mit Eintritt in das Beamtenverhältnis müssen Polizeivollzugsbeamte (PVB) eine Anwartschaft mit einer privaten Krankenversicherung abschließen. Wie sehen Sie die immer wieder aufflammende Diskussion, das Beamte in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen sollen?

Themenkomplex 3:

- 1) Im Gegensatz zu den Bestrebungen der derzeitigen Landesregierung, wollen wir nicht die Einstellungsvoraussetzungen herabstufen und damit das Gesamtniveau der Landespolizei senken. Um die Attraktivität -insbesondere der Ausbildung- zu steigern und geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden, sollte vielmehr die Ausbildungsvergütung angehoben werden und insgesamt dem Polizeiberuf die notwendige Wertschätzung und Anerkennung beigemessen werden. Ein besonderer Fokus muss auf der Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen.
- 2) Wir Freie Demokraten werden, wie im Bereich der Schutzpolizei, auch im Bereich der Kriminalpolizei eine deutliche Anhebung des Personalbestandes fordern und werden uns für die Schaffung von speziellen Einheiten für die Bekämpfung digitaler Delikte einsetzen. Eine bessere materielle Ausstattung, z.B. mit Mobipol, halten wir ebenso für erforderlich, wie eine Erhöhung des Angebots an regelmäßigen Aus- und Fortbildungen.
- 3) Die Attraktivität des Berufs auch durch ein Job-Ticket und/oder ein Job-Bike zu erhöhen, halten wir für richtig. Dies kommt zudem auch der Umwelt und dem Klimaschutz zugute.
- 4) Durch einen besseren Breitbandausbau sollte auch in den möglichen Bereichen mehr Home-Office möglich sein. Mit sicheren getunnelten Verbindungen sollte dies auch in der Polizeiarbeit für Verwaltungsarbeiten möglich sein. Ohnehin wird sich die gesamte Ermittlungstätigkeit und Zusammenarbeit mit der Justiz zunehmend auf elektronischem Weg erfolgen, so dass digital gearbeitet werden könnte, von jedem Ort in MV aus, wenn die

technischen Voraussetzungen denn endlich mal geschaffen wären, Diese Forderung“ erhebt die FDP MV schon seit langem. Arbeitszeitmodelle für Eltern (Kita/Schule) im Schichtbetrieb finden unsere volle Unterstützung.

- 5) Der Polizeiberuf findet durch die Landesregierung, gerade in diesem Bereich, keine ausreichende Anerkennung und Wertschätzung. Wir Freie Demokraten halten die bisherigen Regelungen (Heilfürsorge/Beihilfe) für richtig und werden der Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche KV nicht zustimmen.

Themenkomplex 4: Dienstposten und Beförderungsmöglichkeiten

1. Die Möglichkeiten der Beförderung stehen in der Kriminalpolizei dauerhaft in der Kritik. Zum einen ist das derzeitige Beurteilungssystem wenig gerecht (z.B. durch vorgegebene Quoten) und erreicht nur selten das Ziel einer objektiven, vergleichbaren Leistungseinschätzung. Zum anderen hat sich gezeigt, dass immer wieder gut qualifizierte Mitarbeiter:innen ihren Aufgabenbereich verlassen müssen, da sie dort nicht weiter befördert werden können, etwa aufgrund fehlender Verwendungsbreite. Der BDK vertritt den Grundsatz, dass eine Beförderung bis zum Endamt für Fachkräfte in der Kriminalpolizei auch ohne Führungsverantwortung (und Verwendungsbreite) möglich sein muss. Hierzu sind durchlässige Dienstposten (A9-A13) zu schaffen. Auch eine faktische Unterscheidung zwischen den Dienstposten Ermittler und spezielle Ermittler gehört abgeschafft, da es praktisch keine wesentlichen Unterscheidungen in der Tätigkeit gibt. Wie steht Ihre Partei zu diesem Thema?
2. In der Landespolizei sind Dienstpostenbeschreibungen und deren entsprechende Eingruppierung in die Besoldungsgruppen festgelegt. Dienstposten innerhalb der Kriminalpolizei sind dabei grundsätzlich im gehobenen Dienst bewertet. In Dienststellen sind die Dienstposten nicht mit der entsprechenden Anzahl gleichwertigen Haushaltsstellen unterlegt. Wie bewerten Sie diesen Umstand?

Themenkomplex 4:

- 1) Die Planstellenobergrenzen sollen ausgeschöpft werden und es soll nach Eignung, Leistung und Befähigung auch angemessen befördert werden. Die Besoldung muss hierbei der erbrachten Leistung entsprechen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Stelleninhaber mit Verweis auf fehlende Haushaltsmittel nicht entsprechend der Bewertung ihrer Stelle besoldet werden. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Beförderungsstaus aufgelöst werden, mehr Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen ermöglicht wird und der jeweilige Stellenplan einer Behörde mit der tatsächlichen spitzen Stellenbewertung in Übereinstimmung gebracht wird, sofern die Stellenbewertung spitz erfolgt. Grundsätzlich sprechen wir uns für eine Bündelung der Dienstpostenbewertung aus, wo möglich und wo sinnvoll. Dies ermöglicht abhängig von steigender Erfahrung und Leistung das vorgesehene Endamt des Dienstpostens zu erreichen.
- 2) Dienstposten sollten grundsätzlich mit der entsprechenden Anzahl gleichwertiger Haushaltsstellen unterlegt sein. Alles andere ist unehrlich den Bediensteten gegenüber.

Themenkomplex 5: Ausbildung, Studium, Fortbildung

1. In der Landespolizei gibt es zurzeit lediglich eine Einheitsausbildung zur Schutzpolizei. Durch zunehmende Komplexität der Strafverfahren sind Spezialist:innen notwendig. Hierzu ist aus unserer Sicht die Möglichkeit eines Kripo-Studiums an der FHöVPR Güstrow zwingend notwendig. Zudem erreichen wir Bewerber:innen für diesen Bereich gar nicht, da sich diese in Hamburg, Schleswig-Holstein oder dem BKA direkt für die Kripo bewerben können. Wie stehen Sie zu einem „Kripo-Studium“ an der FHöVPR?
2. Die Komplexität hat auch zur Folge, dass entsprechendes Wissen angeeignet werden muss. Die derzeitige Stellensituation an der FHöVPR Güstrow mit zahlreichen Dienstposten ohne eigene Planstellen, die durch Abordnungen besetzt werden müssen, abgeordneten Stellen, die dann wiederum in der Praxis fehlen, lässt es kaum zu, Stammpersonal zu binden, um notwendige und qualifizierte Fortbildungsangebote zu schaffen. Wie wollen Sie das ändern?

Themenkomplex 5:

- 1.) Es sollte mit der gleichen Ausbildung für beide Bereiche begonnen werden und ab dem zweiten Studienjahr an der FHöVPR die Spezialisierung für den Bereich Kripo einerseits und Schutzpolizei andererseits, jeweils mit eigenem Abschluss, ermöglicht werden. Denkbar wäre zudem, dass bei einem Wechselwunsch zwischen beiden Bereichen auch Module des jeweils anderen Bereiches nachgeholt werden können.
- 2.) Wir Freie Demokraten halten es für richtig, dass grundsätzlich die erforderliche Zahl an Planstellen geschaffen wird und diese auch dauerhaft besetzt werden. Abordnungen werden aber auch zukünftig nicht gänzlich ausgeschlossen werden können, alleine schon um flexibel auf schwankende Einstellungszahlen reagieren zu können.

Themenkomplex 6: Sonstiges

1. Sehen Sie die aktuellen Transparenzpflichten und die Regelungen zur Karenzzeit nach Amtsausstieg für Abgeordnete als ausreichend an oder sehen Sie Änderungsbedarf, um das Vertrauen in die Politik zu erhöhen?

Themenkomplex 6:

- 1.) Wir Freie Demokraten halten vor allen Dingen Transparenz für wichtig. Karenzzeiten für Abgeordnete sind aus unserer Sicht nicht erforderlich, für Mitglieder der Landesregierung kann sich eine entsprechende Notwendigkeit ergeben. Dies sollte einer Einzelfallprüfung unterfallen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX